

Inoffizielle Mitschrift der Schulausschusssitzung vom 06.09.2022

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 03/22 (öffentlicher Teil) vom 05.07.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Sachstand: Coronaschutzmaßnahmen in der Schullandschaft
- mündlicher Bericht
- 6 Sachstand: Beschulung geflüchteter Schülerinnen und Schüler
- mündlicher Bericht
- 7 Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Kooperative Ganztagsbildung in Oldenburger Grundschulen“ an der Grundschule Ohmstede
-Beschluss
- 8 Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter
-Beschluss
- 9 Einrichtung der Berufsschule „Fachkraft Küche“ an den Berufsbildenden Schulen 3 der Stadt Oldenburg (Oldb)
-Beschluss
- 10 Neue Grundschule auf dem Gelände des ehemaligen Fliegerhorstes:
Schulbauberatung
-Bericht
- 11 Bildungsfestival der Bildungsregion Stadt Oldenburg
-Bericht
- 12 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Ausschussmitglieder
- 12.1 Kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln an Oldenburger allgemeinbildenden Schulen (SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2022)
- 12.2 Schulisches Mobilitätsmanagement: Schulwegsicherheit, Schulwegplanung, Elterntaxen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.08.2022)
- mündlicher Bericht
- 13 Anfragen und Anregungen

TOP 1 – 4 Regularien

TOP 5 – Coronaschutzmaßnahmen in der Schullandschaft

Es werden keine Schutzmaßnahmen mehr vorgeschrieben, Testen wird als Option angeboten. Herr Welp führt aus, dass Corona im Lebensalltag der Schulen zur gelebten Praxis geworden ist. Vorbereitung auf den Herbst ist recht gut. Alle Luftreinigungsgeräte sind an die Schulen, die sie angenommen haben, ausgeliefert und aufgestellt worden.

Ratsfrau Mohammed-Ali: Gibt es Ideen, wie Lehrerausfälle durch Erkrankung aufgefangen werden können, z. B. durch pädagogische Kräfte?

Herr Welp: Das muss beim Regionalen Landesamt angefragt werden, allerdings gibt es eher kein Personal, das aktiviert werden könnte und es sind bereits Hunderte von Stellen unbesetzt. Falls gewünscht, kann der Ausschuss einen Vertreter des Regionalamtes einladen. Als Kommune hat die Stadt im letzten Schuljahr an den Ganztageschulen mit den Kooperationspartnern gesprochen, ob sie zusätzliche Stunden leisten könnten.

Ratsfrau Wulff fragt, wie die Resonanz der Schulen auf die Luftreiniger sei.

Herr Welp antwortet, dass einige Schulen die Annahme verweigert haben, andere haben die Geräte angenommen aber ausgeschaltet, in weiteren Schulen werden sie benutzt.

Ratsfrau Pfeiffer fragt, ob es Ideen gäbe, wie sich Strom sparen mit der Nutzung der Luftreiniger verbinden ließe.

Antwort von Herrn Welp lautet, dass das Amt mit den Schulen gesprochen habe. Die Corona-Entwicklung ist nicht vorhersehbar. Das Amt wolle nicht mit Direktiven arbeiten. Man habe vorgeschlagen, dass die Geräte in den Ferien ausgeschaltet werden. Es ist nicht angebracht vorzuschlagen, dass die neuen Geräte grundsätzlich ausgeschaltet werden sollten, um Strom zu sparen.

Frau Sachse ergänzt, dass die Geräte nur das Lüften ergänzen und es richtig sei, die Entscheidung über das Vorgehen in die Hände der Schulen zu legen.

TOP 6 – Beschulung geflüchteter SuS

Herr Freede berichtet mündlich, dass es einen moderaten Anstieg der Zahlen geflüchteter Kinder gibt. Im Durchschnitt kommen einige wenige neue SuS mehr in Oldenburg an als wegziehen. Schwerpunkt liegt bei SuS aus der Ukraine, aber es kommen auch Kinder aus anderen Ländern.

Die Prozesse haben sich zwar eingespielt, aber die Lage an den Schulen ist angespannt. Aufgrund der Personaldecke sind neue SuS schwer zu vermitteln, es dauert bis zu zwei Wochen, bis eine aufnehmende Schule gefunden ist. Die Handreichung des Kultusministeriums, die eigentlich bis zu den Sommerferien gelten sollte, gilt weiterhin.

Ratsfrau Piechotta fragt, wie die Verteilung auf die Schulen aussieht.

Herr Freede antwortet, dass das Amt dies mit steuert und die Belastung relativ ausgeglichen ist. Die Gymnasien nehmen insgesamt weniger SuS als die anderen Schulformen auf, aber jede Schule beteiligt sich, jedoch wird z. B. Wohnortnähe mitberücksichtigt.

Ratsfrau Wolff fragt, ob es Willkommensklassen gibt.

Herr Welp antwortet, dass zwar die Information des Kultusministeriums aus dem letzten Schuljahr Willkommensklassen für SuS aus der Ukraine ermöglicht, es liegt ein Entwurf vor, in dem steht, aber weder Willkommens- noch Sprachlernklassen für Kinder aus anderen Ländern eingerichtet werden dürfen, was die Schulen dazu bringt, hier sehr zögerlich vorzugehen. Zudem fehlt es an Lehrern für Deutsch als Fremdsprache und an pädagogischen Fachkräften.

Ratsfrau Piechotta fragt, wie die sozio-ökonomische Verteilung der SuS gesteuert wird.

Herr Freede antwortet, dass das Amt versucht, die Verteilung dahingehend mitzusteuern, dass Schulen mit einem schwierigen sozio-ökonomischen Profil (OBS) weniger geflüchtete SuS aufnehmen sollen.

Ratsfrau Kruse fragt, ob die digitale Beschulung aus der Ukraine wieder angelaufen ist und ob die Schulpflicht überwacht wird.

Herr Freede bestätigt dies für die registrierten SuS.

Frau Mulhaupt merkt an, dass generell an allen Schulen der Anteil an Schülern mit großen Schwierigkeiten in der Bildungssprache immer mehr wächst, insbesondere an OBS und Förderschulen. Manche Schulen machen hierfür gezielte Angebote, z. B. AGs, um den Spracherwerb zu verbessern.

TOP 7 (war TOP 12.2) – Mobilitätsmanagement

Gäste: Herr Blaser, Verkehrssicherheitsbeauftragter der Polizei Oldenburg

Herr Becker, Fachdienstleiter Verkehrslenkung

Ratsherr Wenzel leitet ein, indem er diverse Punkte aus dem Antrag der Grünen Fraktion zusammenfassend vorträgt und endet mit der Frage „welches schulische Mobilitätsmanagement wird in Oldenburg geleistet?“

Frau Sachse antwortet, dass es sehr viele Maßnahmen gibt. Herr Becker vom Baudezernat ist eingeladen, allerdings zu einem späteren Zeitpunkt. Herr Blaser von der Polizeidirektion Oldenburg wird als Gast begrüßt.

Herr Welp führt einige Maßnahmen auf, z. B. (1) dass in Oldenburg ALLE Kinder der Klassen 5-10 ein TIM-Ticket (bisher MIA-Ticket) erhalten, nicht nur diejenigen, die weiter als 2 km von ihrer Schule entfernt wohnen. Das TIM-Ticket gilt auch an Sonn- und Feiertagen sowie in den Ferien; (2) Schulbezirke sind in der Regel fußläufig, die Verkehrslenkung spielt eine entscheidende Rolle bei der Anpassung von Schulbezirken, so wurde beispielsweise die Zone 30 ausgeweitet, als der Schulbezirk der GS Ofenerdiek angepasst wurde. Das Amt für Schule und Bildung bewertet gemeinsam mit der Polizei die Schulbezirke und Schulwege. Es ist die Aufgabe der Verkehrslenkung, die Schulwege zu identifizieren und zu prüfen.

Zum Thema Elterntaxen glaubt Herr Welp nicht, dass die Eltern ihre Kinder aus Angst vor Gefahren auf dem Schulweg im Elterntaxi bis zur Schule bringen, sondern eher aus Bequemlichkeit oder um Zeit zu sparen, wenn z. B. die Schule auf dem Weg zur Arbeit liegt. Diverse Gründe führen zu Elterntaxen – selbst ein extra Bus, der die Kinder der GS Harlingerstraße befördert und von der Stadt sowie dem Schulträger Kirche finanziert wird, wird nicht von allen Kindern genutzt.

Herr Blaser ist der einer der zwei Verkehrssicherheitsberatern der Polizei Oldenburg. Es gibt an allen Schulen, aber hauptsächlich an GS, Beschwerden von Eltern und Kollegium über Elterntaxen. An fast allen Schulen ist vor dem Eingang ein absolutes Halteverbot, aber Polizisten, die vor Ort mit den Eltern reden, werden oft ignoriert, gelegentlich beleidigt, manchmal wird ihrer Verwarnung Folge geleistet.

Herr Blaser sucht den Dialog mit Eltern, die im Elterntaxi vorgehen. Sein Vorschlag ist, die Kinder auf einem nahegelegenen Supermarkt-Parkplatz o. ä. abzusetzen und die Kinder (gegebenenfalls mit anderen Kindern) die letzten 400 m zu Fuß gehen zu lassen. So würden sich alle an das Halteverbot halten. Das Problem ist auch nicht, dass Fuß- und Radwege teilweise in schlechtem Zustand seien, sondern dass die Eltern sehen wollen, wie ihr Kind das Schulgebäude betritt. Das Problem Elterntaxi existiert deutschlandweit, wie er u. a. aus dem Austausch mit anderen Verkehrssicherheitsberatern weiß. Zudem empfiehlt er den Schulexpress, den es an acht GS gibt.

Jede Schule hat einen Schulwegplan, den sie erstellen muss, dieser ist jedoch sehr allgemein gehalten und die Schulen veröffentlichen ihn auf verschiedene Weisen, so dass er an manchen Schulen bekannter ist als an anderen.

Herr Welp ergänzt, dass Kinder erst ab Klasse 3, nach dem Bestehen des Rad-Führerscheins, mit dem Rad zur Schule kommen dürfen. Herr Blaser führt aus, dass die Schulen diese Prüfung unterschiedlich abnehmen. Die meisten GS führen sie im realen Verkehr durch, die

GS Ofenerdick beispielsweise simuliert Verkehr mit Pylonen auf dem Schulhof. Die Polizei stellt allen Schulen Beratung und Unterlagen zur Verkehrserziehung zur Verfügung, aber die Schulen setzen das Thema Verkehrserziehung sehr individuell um. Beispiel „Aktion gelbe Füße“ für einen sicheren Schulweg, aber die Schule kann es nicht leisten, dass für jeden Schüler ein Schulweg aufgezeigt wird, hier müssen die Erziehungsberechtigten sich einbringen und den richtigen Schulweg mit ihren Kindern einüben. Er habe durchaus Verständnis für die vielen Eltern, die er kennt, die beide arbeiten und das Kind auf dem Weg zur Arbeit zur Schule bringen.

Auf Nachfrage der Fraktion der Grünen antwortet Herr Welp, dass das Amt keine umfassende Liste aller Aktivitäten hat, die in den letzten fünf Jahren durchgeführt wurden, aber es gibt einige.

Bei einem Wettbewerb war die Gewinneridee das „Freipollern“ = Wiener Modell. Der OB und Frau Sachse hatten zugesagt, dies umzusetzen. Allerdings war das nicht möglich, denn die rechtliche Prüfung ergab, dass ein solches Pollern in Deutschland nicht zulässig ist. Jede Schule, die Interesse am Wiener Modell gemeldet hatte, wurde von Herrn Freede und Herrn Becker (Bauamt) besucht und die Möglichkeit wurde geprüft. In Deutschland kann man nur das „Münchner Modell“ umsetzen, bei dem Pylonen temporär vor dem Schulgelände aufgestellt werden und jeden Morgen wieder entfernt werden. GS Krusenbusch hat dies versucht, das Modell hat sich aber nicht bewährt. Beispiele von Pollern in Deutschland haben bei der Recherche gezeigt, dass nie die öffentliche Straße als solche, sondern das Schulgrundstück oder gegebenenfalls die private Zufahrt gepollert wurde.

Herr Lüßmann fragt nach, warum nicht mehr Polizisten öfter vor Ort sind, das absolute Halteverbot kontrollieren und Strafzettel verteilen und die müssten richtig weh tun. Herr Blaser antwortet, dass es knapp 30 GS gibt und die Polizei nicht die Kapazitäten hat, an allen Schulen häufig zu sein. Da das Bußgeld nur 20 Euro beträgt und zudem äußerst selten gezahlt werden muss, da die Polizei normalerweise nur mit den Eltern redet und fast nie einen Strafzettel ausstellt, daher hat es eine sehr geringe abschreckende Wirkung.

Frauke van Geuns berichtet aus dem StER, dass es z. B. im Landkreis Oldenburg an einer Grundschule einen Wettbewerb zwischen den Klassen gibt, wer am meisten zu Fuß / mit dem Rad kommt. Die Kinder motivieren sich gegenseitig und das Elterntaxi wird „peinlich“. Großer Erfolg.

Herr Freede stimmt dem zu, auch in Oldenburg gab und gibt es ähnliche Wettbewerbe, die eine hohe Eigendynamik entwickeln und sehr erfolgreich sind. Allerdings muss die Schule dafür ein hohes Engagement aufbringen, da es viel Arbeit mit sich bringt.

Ratsherr Wenzel merkt an, dass leider nur an 8 der GS ein Schulexpress aktiv existiert. Er vermutet, dass an fast allen GS Probleme mit Elterntaxen gibt. Er stellt Herrn Blaser die Frage, ob die Politik hier genug tue und stellt fest, dass Herr Blaser ziemlich ratlos zu sein scheint. Das Problem gäbe es überall in Deutschland, aber in manchen anderen Großstädten gäbe es eine systematische Herangehensweise.

Herr Blaser stimmt zu, dass er tatsächlich etwas ratlos sei. Ein Aspekt sei, dass sehr viele beteiligt werden müssen – Kinder, Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte, Verwaltung. Er habe 39 Jahre Berufserfahrung auf diesem Gebiet und Elterntaxen sind ein relativ neues Phänomen.

Demnächst nimmt er an einer Fortbildung in Celle teil und er versucht immer, sich weiterzubilden und Erfahrungen mit anderen Verkehrssicherheitsbeauftragten auszutauschen.

Herr Wenzel meint, dass Elterntaxen Alltag an allen Schulen seien und deshalb angegangen werden müssen. Die GUV Gemeinde-Unfall-Versicherung ginge dieses große, komplexe Problem systematisch an und deshalb will dies auch die Grünen Fraktion in Oldenburg systematisch angehen, nicht mehr nur diverse Einzelmaßnahmen.

Herr Welp schlägt vor, den Antrag so nicht zu bearbeiten. Wenn die Politik mehr Bearbeitung will, dann müsse sie mehr Ressourcen dafür bereitstellen.

Das Thema „morgendliche Fahrradströme“ wird erörtert. Die sehr große Menge an Radfahrern, die sich an bestimmten Knotenpunkten staut, birgt auch ein hohes Unfallpotenzial.

Herr Becker vom Fachdienst Verkehrslenkung kommt dazu und wiederholt kurz einige Informationen, ergänzt jedoch, dass vor den Schulen nur ein extrem kleiner Teil der Unbelehrbaren ihre Kinder mit dem Elterntaxi bringt. Er weist auf Schulexpress und schulinterne Wettbewerbe als probate Mittel hin sowie die NWZ-Aktion, die jeden Herbst durchgeführt wird und bei der alle aufgefordert sind, Gefahrenpunkte und Mängel auf den Schulwegen zu melden, damit die Verwaltung diese beheben kann.

Ratsfrau Piechotta dankt, dass das Thema besprochen wird.

Die Verwaltung bietet an, eine Aufstellung per Schule zu erstellen.

Weitere Maßnahmen – Realverkehr erproben, keine Prüfung nur auf Schulhof; Wettbewerbe seien sehr, sehr gut; nicht nur Elterntaxen, sondern auch Fahrradströme müssen mitbetrachtet werden; auch das Thema „Bewegung“ muss mitgedacht werden; man muss die Lebenswelt der Eltern auch mit im Auge behalten, wenn z. B. beide Eltern arbeiten, ist ein Elterntaxi eventuell notwendig. Es sollte ein Antrag formuliert werden.

Ratsherr Wenzel stellt fest, dass er sehr froh sei, dass allen Schulwegsicherheit wichtig ist. Nicht nur Elterntaxen, sondern auch Fahrrad-Sicherheit und Fußgänger-Sicherheit bergen Gefahrenquellen. Er schlägt vor, dass nachgedacht werden soll, auch im Verkehrsausschuss, ob ein Runder Tisch einberufen werden könnte. Es sollte geguckt werden, wer in der Stadt ein Interesse, die Schulwegsicherheit noch zu verbessern.

Frau Sachse entgegnet, dass – mit Verlaub – in den vergangenen Jahren viel getan wurde, die meisten Kinder mit dem Rad oder zu Fuß kommen, einige mit dem Bus. Sie könne die Formulierung, dass hier ein riesiges Problem existiere, nicht begrüßen. Wo Schwierigkeiten gesehen wurde, habe die Verwaltung nachgebessert. Um dem Antrag so nachzukommen, müssten Mengen an Ressourcen bereitgestellt werden.

Ratsfrau Hufeland merkt an, dass es schade sei, dass es jetzt gegeneinander ginge. Es wollten doch alle, dass es sicherer wird. Es geht darum, gemeinsam zu denken, was noch verbessert werden könnte.

TOP 8 (war 7) – Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Kooperative Ganztagsbildung“ an der GS Ohmstede

Einstimmig angenommen.

TOP 9 (war 8) – Resolution zur Gewährleistung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter

Frau Sachse führt aus, dass zu dieser Problematik mehrfach im Ausschuss berichtet wurde und auch von den Ausschussmitgliedern mehrfach nachgefragt wurde.

Ratsfrau Hufeland stellt fest, dass auch die Fraktion der Grünen sehr unzufrieden mit der Situation sei und daher die Resolution unterstützt.

Ratsfrau Eickhoff (CDU) fragt an, ob der letzte Absatz der Resolution so faktisch korrekt sei. In der Stadt Oldenburg würde seit Jahren geplant und umgesetzt.

Herr Freede stimmt zu, dass die Stadt bereits seit 10 Jahren plant und baut und nicht vorsichtshalber stoppen wolle, denn man agiere unter der Annahme, dass die auch die kommenden Vorgaben kompatibel mit den Maßnahmen seien. Die Resolution sei dazu kein Widerspruch.

Ratsfrau Piechotta erklärt, dass die SPD Fraktion irritiert von Einwand der CDU Fraktion sei.

Ratsfrau Dr. Niewerthh-Naumann (CDU) führt aus, dass die hinterfragte Position im letzten Satz steht: „...mit konkreten Planungen zu beginnen.“ Eigentlich würde man mit diesem Satz lügen. Die CDU Fraktion sagt ja zu der Resolution, aber nicht mit diesem Satz.

Herr Welp entgegnet, dass die Hauptintention der Vorstellung der Resolution im Schulausschuss ist, darüber zu berichten, was auf dem Städtetag diskutiert wurde, es handelt sich hier lediglich um eine Information an den Schulausschuss.

Ratsfrau Mohamed Ali (Linke) stellt fest, dass sie sich freue, die Resolution so zu sehen. Ehrlicherweise wird es aber zu keiner Änderung der Politik führen. Sie sei offen, den letzten Satz zu ändern.

Ratsfrau Hufeland stellt fest, dass die Resolution so auf dem Städtetag diskutiert worden sei, auch wenn der letzte Satz nicht in Oldenburg passt.

Ratsherr Freymuth schlägt vor, dass die Resolution in der nächsten Schulausschuss-Sitzung mit einem umformulierten letzten Satz erneut zum Beschluss vorgelegt werden solle.

Ratsfrau Mohamed Ali beantragt eine Vertagung mit der Bitte um Überarbeitung der Vorlage. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 10 (war 9) – Einrichtung der Berufsschule „Fachkraft Küche“ den BBS 3

Einstimmig angenommen.

TOP 11 (war 10) – Neue Grundschule auf dem Fliegerhorst: Schulbauberatung

Ratsfrau Hufeland stellt fest, dass die Fraktion Die Grünen sich freue, dass ein Berater ausgewählt wurde und wir diesen bereits kennen, mit diesem gute Erfahrungen gemacht. Mit dem Architekturbüro hervorragende Erfahrungen gemacht. Vielen Dank an die Verwaltung.

TOP 12 (war 11) – Bildungsfestival

Herr Welp begrüßt zwei Zuhörer im Publikum, die bei der Planung unterstützt hatten. Es nahmen 200 Personen an 17 Sessions teil. Das Thema lautete „Wie bereiten wir unsere Kinder auf eine Zukunft vor, die wir noch gar nicht erahnen können?“

Die Top 3 Ideen werden sukzessive im Schulausschuss vorgestellt werden. Frau Blum wird am 4.10.2022 kommen, um das erste ausgewählte Fokusthema „Freidays“ vorzustellen. Der Erlass zur Nachhaltigen Entwicklung, den das Kultusministerium letztes Jahr verabschiedet hat, ermöglicht eine Revolution der Schulen.

Das Amt und Frau Kleeberg gucken gemeinsam, wie dieser Prozess angeschoben werden kann und unterstützen. Es geht nicht primär um monetäre Aspekte, sondern darum, wie man Schulen sensibilisieren könne. Auch gemeinsam mit dem Verein „Schule im Aufbruch“. Das zweite Thema lautet „Bildung vernetzen“.

Die CDU-Fraktion fragt, wann die drei Themen im Schulausschuss vorgestellt werden sollen. Herr Welp antwortet, dass dies immer dann geschehen werde, wenn es etwas zu berichten gäbe. Zudem wird über die Plattform „gemeinsam Oldenburg“ öffentlich berichtet.

Ratsfrau Piechotta merkt an, dass der Antrag aus der letzten Schulausschusssitzung für Irritationen gesorgt hatte. Sei dankt dem Amt dafür, dass das, was erreicht werden sollte, prima aufgegriffen wurde.

Ratsfrau Wolff berichtet, dass sie am Bildungsfestival teilgenommen habe und es eine prima Veranstaltung gewesen sei.

TOP 13 (war 12) – Kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln an Oldenburger allgemeinbildenden Schulen

Ratsherr Schröder von der SPD erläutert, dass die Fraktionen SPD und Die Grünen den Antrag gestellt haben, weil das Thema zur Allgemeinbildung gehört und das Projekt ein Weg sei, es gesellschaftlich in den Mittelpunkt zu stellen. Beispiel sei hier Düsseldorf.

Frau Sachse entgegnet, dass sie relativ irritiert sei durch den Antrag. In ihrer Erfahrung würden junge Mädchen bei Bedarf andere Mädchen in ihrer Umgebung fragen, ob sie Hygieneartikel dabei hätten. Ein stadtweites Projekt entspricht nicht der Realität, dass es benötigt werde.

Herr Janßen (Schülervertreter) berichtet, dass es an seiner Schule zu diesem Thema noch viel Scham, gerade bei jüngeren SchülerInnen, gibt. Die Schülervertretungen befürworten die Umsetzung des Projekts.

Ratsfrau Pfeiffer (Volt) berichtet, dass sie eine Lehrerin in Delmenhorst diesbezüglich befragt habe. Diese habe berichtet, dass es ein solches Projekt in DEL gegeben habe. Dort wurden mehrfach Toiletten gestopft, das Thema wurde eher veralbert und schnell wieder eingestellt.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann stellt fest, dass sie generell die Bereitstellung von Hygieneartikeln gut findet, man kenne dies aus der Gastronomie. Aber sie befürchtet, dass sich Schülerinnen großflächig mit frei verfügbaren Hygieneartikeln eindecken würden. Man könne doch auch bei den Sekretärinnen entsprechende Artikel erhalten.

Herr Welp hatte im Vorfeld der Sitzung bei den OBS nachgefragt, ob dort dieses Problem einen Handlungsbedarf erfordert, die Antwort war nein.

Ratsfrau Mohamed Ali stellt fest, dass sie persönlich den Antrag gut findet und ihn unterstützen möchte. Wie soll denn die Schulleitung wissen, dass das Thema mit Scham behaftet ist? Für sie ist das schlagende Argument, dass die Schülerschaft über die Schülervertretung sich klar für das Projekt ausspricht. Es wäre sehr schön, wenn sich eine Schule als Pilotschule fände. Es ist doch erstmal nur ein Pilotprojekt an einer Schule.

Ratsfrau Pfeiffer sagt, dass die Schule in DEL entsprechende Artikel über das Sekretariat ausgibt, es aber dennoch Mißbrauch gäbe. Wenn die Artikel frei verfügbar wären, würde die gesamte Familie versorgt werden.

Frau Piechotta entgegnet, dass sie den Kommentar von Ratsfrau Pfeiffer zuspitzen möchte mit der These „ich bin erstaunt, dass die Schüler nicht alle Klopapier-Rollen mit nach Hause nehmen, wo diese doch frei in den Toilettenräumen verfügbar seien.“ Sie befürwortet ein Pilotprojekt, das die Verwaltung ausarbeiten solle, dieser Vorschlag könne dann diskutiert werden. Das Thema sei tabuisiert und es müsse einfach ausprobiert werden.

Ratsfrau Eickhoff spricht sich dafür aus, den Projektplan dann im Ausschuss zu diskutieren. Für den StER bemerkt Frauke van Geuns, dass dieser das Projekt begrüße, aber eine Informationsveranstaltung an der umsetzenden Schule wünschenswert sei.

Frau Multhaupt spricht den Schülerinnen die Kompetenz zu, verantwortungsvoll mit den Hygieneartikeln umzugehen. Die Schülervertretungen können sehr gut in die Umsetzung einbezogen werden. Sie spricht sich ausdrücklich dagegen aus, den Sekretariaten weitere Aufgaben zuzuweisen, denn diese hätten bereits eine sehr hohe Arbeitsbelastung.

Herr Janßen bekräftigt die Bereitschaft der Schülervertretungen, hier mitzuwirken und zu unterstützen.

Herr Lüßmann würde ein Pilotprojekt begrüßen.

Ratsfrau Niewerth-Baumann schlägt vor, dass die Verwaltung das Thema näher ausarbeiten soll und der TOP vertagt werden soll.

Ratsfrau Piechotta spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Frau Sachse weist darauf hin, dass ein solcher Beschluss nur im Verwaltungsausschuss vorberaten und nur vom Rat getroffen werden könne, dieser Antrag jedoch an den Schulausschuss gestellt worden sei.

Der Schulausschuss beschließt, dass die Verwaltung (Amt für Schule und Bildung gemeinsam mit dem Gesundheitsamt) den Auftrag erhält, ein dem ursprünglichen Antrag entsprechendes Pilotprojekt zu erarbeiten. Dieser Plan inkl. voraussichtlicher Kosten sei dem Schulausschuss vorzustellen. Spätestens sechs Monate nach Beginn der Pilotphase sollen dem Schulausschuss die Erfahrungen der Pilotschule mitgeteilt werden.

TOP 13 Anfragen und Anregungen

Keine.